



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages
– Parlamentssekretariat –
Reichstagsgebäude
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 2. Februar 2016

BETREFF **Kleine Anfrage des Abgeordneten Andrej Hunko u. a. und der Fraktion DIE LINKE.**

Kooperationen und Projekte europäischer Polizeien im Jahr 2015

BT-Drucksache 18/7305

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort in 4-facher Ausfertigung.

Hinweis:

Teile der Antwort sind VS-Vertraulich eingestuft.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Emily Haber

Kooperationen und Projekte europäischer Polizeien im Jahr 2015

BT-Drucksache 18/7305

Vorbemerkung der Fragesteller:

In Bezug auf die internationale Zusammenarbeit erhalten die EU-Grenzagentur und die EU-Polizeiagentur EUROPOL immer mehr Kompetenzen. Arbeitsabkommen und andere Kooperationen werden auch mit „Drittstaaten“ verhandelt. Die Anstrengungen von EUROPOL richten sich auch gegen grenzüberschreitende linke Protestformen (Bundestagsdrucksachen 17/9756 und 18/498). Zu sogenanntem Euroanarchismus betreibt das Bundeskriminalamt (BKA) einen „Informationsaustausch“ mit Behörden Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Griechenlands und der Schweiz. Entsprechende Erkenntnisse werden in der Analysearbeitsdatei „Dolphin“ gespeichert. Zwar arbeitet das BKA auch im EU-Projekt „Expert Meeting Against Right Wing Extremism“ (EMRE) mit, an dem auch Österreich, Schweden und die Schweiz teilnehmen. Die internationale Zusammenarbeit gegen Rechtsextremismus ist indes schwach ausgeprägt. Bekanntlich befassen sich auch die „European Cooperation Group on Undercover Activities (ECG)“ und die „International Working Group on Police Undercover Activities“ (IWG), in denen sich die Führer verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler organisieren, mit der Infiltration internationaler linker Zusammenhänge (Bundestagsdrucksache 17/9844). Eine „Cross-Border Surveillance Working Group“ (CSW) vernetzt Mobile Einsatzkommandos aus 12 EU-Mitgliedstaaten sowie die EU-Polizeiagentur EUROPOL zu grenzüberschreitenden Observationstechniken (Bundestagsdrucksache 17/5677). Mit ähnlichem Ziel treffen sich Angehörige von Polizeien mehrerer EU-Regierungen im Projekt „International Specialist Law Enforcement“ (ISLE). Von im Jahr 2009 begonnenen Vorhaben wird der Austausch und die Vermittlung von Kenntnissen zum heimlichen Eindringen in Räumen, Fahrzeugen und elektronischen Geräten vorangetrieben (Bundestagsdrucksache 17/10713). Das BKA nimmt immer noch an der „Police Working Group on Terrorism“ (PWGT) teil, die im Jahr 1979 zum „Informationsaustausch bei terroristischen Anschlägen“ gegründet wurde, seit dem Jahr 2000 aber auch helfen soll, „politische gewalttätige Aktivitäten“ zu verhindern (Bundestagsdrucksache 17/13440). Obschon der Name der PWGT einen Fokus auf „Terrorismus“ nahelegt, tauschen deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch Informationen zu „Extremismus“ oder allgemeiner Kriminalität aus. Neben der quasi geheimdienstlichen Aufklärung gilt die Zusammenarbeit aber auch der Erleichterung von operativen Maßnahmen.

Zu den Kooperationspartnern gehört auch EUROPOL, obwohl die Einrichtung von EUROPOL Zusammenarbeitsformen wie die PWGT überflüssig machen (Bundestagsdrucksache 18/3766). Die Zusammenarbeit in Netzwerken wie der PWGT ist schwer zu kontrollieren. Durch ihren intergovernmentalen Charakter ist zu vermuten, dass sich einzelne Mitgliedstaaten in bestimmten Belangen besser durchsetzen können als andere.

In früheren Antworten auf parlamentarische Anfragen zu den aufgeführten Kooperationen betont die Bundesregierung häufig, Treffen dienten lediglich einem „Gedankenaustausch“. Dabei würden lediglich Rahmenbedingungen erörtert und keine operativen Maßnahmen verabredet. Die Zusammenarbeitsformen dürften nach Ansicht der Fragesteller aber von grundlegender Bedeutung für spätere grenzüberschreitende Maßnahmen sein. Die Bundesregierung ist dazu übergegangen, große Teile der Fragen zur Praxis der Polizeinetzwerke nicht öffentlich zu beantworten. Demgegenüber sind die Fragesteller der Ansicht, dass über deren Agieren eine größtmögliche öffentliche Auseinandersetzung geführt werden muss.

1. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der European Cooperation Group on Undercover Activities (ECG) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 1. und a)

Die „European Cooperation Group on Undercover Activities“ (ECG) tagte vom 5. bis 8. Mai 2015 in Madrid/Spanien. Im Zeitraum 2. bis 5. November 2015 fand in Stockholm/Schweden der 4. Workshop der ECG zum Thema „Undercover in Internet“ statt.

b)

ECG:

Die Einladung sowie die Tagesordnung wurden durch Deutschland (Zollkriminalamt (ZKA) - Vorsitz der ECG) vorbereitet und versandt. Die Organisation der Tagung erfolgte durch Spanien.

Workshop:

Die Einladungen wurden durch Schweden vorbereitet und versandt. Die Organisation der Tagung erfolgte ebenfalls durch Schweden.

c)

ECG:

Im Vorfeld der Tagung wurden die Einladung sowie die Tagesordnung verteilt.

Workshop:

Im Vorfeld der Tagung wurde die Einladung verteilt. Die Tagesordnung wurde am Tag der Veranstaltung ausgegeben.

d)

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung muss als „Verschlussache - Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages eingesehen werden.

Die Bundesregierung folgt hierbei der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der bei der Erfüllung der Auskunftspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Parlament unter Geheimhaltungsaspekten wirksame Vorkehrungen gegen das Bekanntwerden von Dienstgeheimnissen mit einbezogen werden können (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]; für die Auskunft im Rahmen eines Untersuchungsausschusses: vgl. BVerfGE 124, 78 [128 f.]). Hierzu zählt auch die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages. Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]). Die Einstufung als Verschlussache ist aber im vorliegenden Fall im Hinblick auf das Staatswohl aus folgenden Gründen erforderlich und geeignet, das Informationsinteresse des Parlaments unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Bundesregierung zu befriedigen:

Im Rahmen der Treffen wurden u. a. taktisch-operative Maßnahmen im Rahmen polizeilicher verdeckter Ermittlungen, z. B. im Internet, behandelt. Darüber hinaus wurden gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen in einem bestimmten Phänomenbereich thematisiert.

Die Preisgabe von Informationen zu solchen konkreten Einsatzmitteln gegenüber der Öffentlichkeit würde das schützenswerte Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einer wirksamen Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus und damit das Staatswohl erheblich beeinträchtigen.

Zum einen würde die Veröffentlichung dieser internen Vorgänge die Offenlegung sensibler polizeilicher Vorgehensweisen und Taktiken in einem äußerst gefährdungsrelevanten Bereich bedeuten. Die hier in Rede stehenden verdeckten Maßnahmen werden nur in Kriminalitätsfeldern angewandt, bei denen von einem besonderen Maß an Konspiration, Gemeinschaftlichkeit und Gewaltbereitschaft ausgegangen werden muss. Die Kenntnisnahme von Informationen aus dem angeforderten Bereich durch kriminelle oder terroristische Kreise würde sich sowohl auf die staatliche Aufgabenwahrnehmung im Gefahrenabwehrbereich als auch auf die Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsanspruchs außerordentlich nachteilig auswirken. Hinzu kommt zum anderen, dass eine Veröffentlichung entsprechender konkreter Inhalte von Erörterungen bestimmter Einsatzmittel mit ausländischen Polizeibehörden, wie sie in dem hier gegenständlichen Treffen behandelt wurden, das Vertrauen der internationalen Kooperationspartner in die Integrität der deutschen Polizeiarbeit nachhaltig erschüttern und die weitere Zusammenarbeit im verdeckten Polizeibereich wesentlich erschweren würde.

Mit der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages wurde ein Instrument geschaffen, das es den Abgeordneten des Deutschen Bundestages ermöglicht, die entsprechenden Informationen einzusehen. Dem parlamentarischen Kontrollrecht wird damit im Ergebnis Rechnung getragen.

e)

ECG:

In enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten wurde durch das ZKA die Tagesordnung entworfen. Der Tagesordnungspunkt „ECG constitutional issues (Terms of Reference)“ wurde durch das ZKA eingebracht.

Workshop:

In enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und dem ZKA wurde durch Schweden die Tagesordnung entworfen. Der Tagesordnungspunkt „Presentation Germany“ wurde durch das BKA eingebracht.

f)

ECG:

Es nahmen Vertreter der jeweils national zuständigen Behörden folgender Staaten teil:

- Albanien (Central Criminal Police),
- Belgien (Federal Police),
- Bosnien-Herzegowina (Police of Republic of Srpska),

- Dänemark (Danisch National Police),
- Deutschland (Bundeskriminalamt und Zollkriminalamt),
- Estland (Central Criminal Police),
- Finnland (National Bureau of Investigation),
- Frankreich (Central Directorate of Criminal Investigation Department),
- Italien (Carabinieri),
- Kroatien (Criminal Police Directorate),
- Lettland (Criminal Police Department),
- Litauen (Criminal Police Bureau),
- Mazedonien (Amt für öffentliche Sicherheit),
- Montenegro (National Police Montenegro),
- Niederlande (National Police Agency),
- Norwegen (Oslo Police Department),
- Österreich (Bundeskriminalamt Wien),
- Polen (Polish National Police),
- Portugal (Policia Judiciária),
- Rumänien (Romanian National Police),
- Schweiz (Federal Criminal Police),
- Schweden (National Criminal Police Office),
- Serbien (National Police Serbia),
- Slowakei (Slovakian National Police),
- Slowenien (General Police Directorate),
- Spanien (Spanish National Police),
- Tschechische Republik (Czech National Police),
- Ungarn (Hungarian National Police und Hungarian Customs) und
- Vereinigtes Königreich (National Crime Agency und Metropolitan Police).

Workshop:

Es nahmen Vertreter der jeweils national zuständigen Behörden folgender Staaten teil:

- Albanien (Central Criminal Police),
- Belgien (Federal Police),
- Dänemark (Danisch National Police),
- Deutschland (Bundeskriminalamt)
- Finnland (National Bureau of Investigation),
- Frankreich (Central Directorate of Criminal Investigation Department),
- Italien (Carabinieri),
- Litauen (Criminal Police Bureau),
- Montenegro (National Police Montenegro),
- Niederlande (National Police Agency),

- Norwegen (Oslo Police Department),
- Österreich (Bundeskriminalamt Wien),
- Slowenien (General Police Directorate),
- Ungarn (Hungarian National Police),
- Schweden (National Criminal Police Office),
- Schweiz (Federal Criminal Police),
- USA (Department of Homeland Security) und
- Vereinigtes Königreich (National Crime Agency).

g) und h)

Die Beantwortung dieser Fragen ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „Verschlussache - Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu Frage 1 d) verwiesen.

i)

Über die bereits in der Antwort zu Frage 1 g) und h) geschilderten Ergebnisse hinaus wurden keine konkreten Vereinbarungen getroffen.

j)

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „Verschlussache - Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu Frage 1 d) verwiesen.

2. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der International Working Group on Police Undercover Activities (IWG) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*

- e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) *Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 2. und a)

Vom 13. bis 16. Oktober 2015 fand in Halifax/Kanada die 46. Sitzung der IWG statt.

b)

Die Einladungen sowie die Tagesordnung wurden durch Deutschland (BKA) vorbereitet und versandt. Die Organisation der Tagung erfolgte durch Kanada.

c)

Im Vorfeld der Tagung wurden die Einladung sowie die Tagesordnung verteilt.

d)

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich.

Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „Verschlussache – Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu Frage 1 d) verwiesen.

e)

In enger Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten wurde durch das BKA die Tagesordnung entworfen.

f)

Es nahmen Vertreter folgender Länder teil:

- Australien (Australian Federal Police),
- Belgien (Federal Police),
- Dänemark (Danish National Police),
- Deutschland (Bundeskriminalamt und Zollkriminalamt),
- Finnland (National Bureau of Investigation),
- Frankreich (Central Directorate of Criminal Investigation Department),
- Italien (Carabinieri),
- Kanada (Royal Canadian Mounted Police),
- Litauen (Criminal Police Bureau),
- Niederlande (National Police Agency),
- Norwegen (Oslo Police Department),
- Österreich (Bundeskriminalamt Wien)
- Polen (Polish National Police),
- Portugal (Policia Judiciária),
- Spanien (Spanish National Police),
- Schweden (National Bureau of Investigation),
- Schweiz (Federal Criminal Police),
- Slowenien (Criminal Police Directorate),
- Tschechische Republik (Czech National Police),
- Ungarn (Hungarian National Police),
- USA (Federal Bureau of Investigation) und
- Vereinigtes Königreich (National Crime Agency und Metropolitan Police)

g) und h)

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „Verschlusssache – Vertraulich“ eingestuft werden.

Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu Frage 1 d) verwiesen.

i)

Über die bereits in der Antwort zu Frage 1 g) und h) geschilderten Ergebnisse hinaus wurden keine konkreten Vereinbarungen geschlossen.

d)

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „Verschlussache - Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu Frage 1 d) verwiesen.

3. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des International Business Secretariat (IBS) der IWG haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 3. und a)

Vom 19. bis 22. Mai 2015 fand in Rotterdam/Niederlande die 17. Sitzung der IBS statt.

b)

Die Einladungen sowie die Tagesordnung wurden durch die Niederlande vorbereitet und versandt. Die Organisation der Tagung erfolgte durch die Niederlande.

c)

Im Vorfeld der Tagung wurden die Einladung sowie die Tagesordnung verteilt.

d)

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „Verschlussache - Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu Frage 1 d) verwiesen.

e)

Der Tagesordnungspunkt „Biometrics“ wurde durch das BKA eingebracht.

f)

Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?

- Australien (Australian Federal Police),
- Belgien (Federal Police),
- Dänemark (Danish National Police),
- Deutschland (Bundeskriminalamt und Zollkriminalamt),
- Finnland (National Bureau of Investigation),
- Frankreich (Central Directorate of Criminal Investigation Department),
- Kanada (Royal Canadian Mounted Police),
- Niederlande (National Police Agency),
- Norwegen (Oslo Police Department),
- Polen (Polish National Police),
- Schweden (National Bureau of Investigation),
- Schweiz (Federal Criminal Police),
- Spanien (Spanish National Police),
- Südafrika (South African Police Service),
- Ungarn (Hungarian National Police),
- USA (Federal Bureau of Investigation) und
- Vereinigtes Königreich (National Crime Agency).

g) und h)

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „Verschlussache - Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu Frage 1 d) verwiesen.

i)

Es wurden keine konkreten Vereinbarungen getroffen.

ii)

Die Beantwortung dieser Frage ist der Bundesregierung in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil der Beantwortung aus Geheimhaltungsgründen nicht möglich. Die Antwort der Bundesregierung auf diese Frage muss als „Verschlussache - Vertraulich“ eingestuft werden. Diese Teilantwort kann bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu Frage 1 d) verwiesen.

4. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der Cross-Border Surveillance Working Group (CSW) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 4. und a)

Die Cross-Border Surveillance Working Group (CSW) hat vom 11. bis 13. Mai 2015 eine Konferenz in Madrid/Spanien und vom 26. bis 28. Oktober 2015 eine Konferenz in London/Vereinigtes Königreich abgehalten.

b)

Der jeweilige Gastgeberstaat war hierfür zuständig. Er wurde hierbei durch die Steuerungsgruppe/Geschäftsführung der CSW unterstützt.

c)

Im Vorfeld der Tagungen wurden die Tagungsordnung sowie organisatorische Informationen versandt.

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte:

- Vorstellung der Einheiten des jeweiligen Gastgeberlandes,
- organisatorische Punkte zur zukünftigen Ausrichtung der CSW,
- Nutzungsmöglichkeiten der EPE (European Platform for Experts),
- aktuelle Informationen über die europäischen Arbeitsgruppen SENSEE (Surveillance Expert Network for South-East Europe) und ENLETS (European Network of Law Enforcement Technologies Services),
- Informationsaustausch aufgrund der jüngsten Terroranschläge in Frankreich und Belgien.

d)

Deutschland ist Mitglied der Steuerungsgruppe, in der die Tagesordnung abgestimmt wird. Eine Einflussnahme auf die Vorschläge der ausrichtenden Gastländer fand nicht statt.

e)

Die Gruppe besteht aus Vertretern der Mobilen Observationseinheiten aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Irland, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, dem Vereinigtes Königreich sowie von EUROPOL. Deutschland wird durch das Bundeskriminalamt vertreten.

f)

Die Konferenzen dienen hauptsächlich dem fachlichen Gedankenaustausch und der Bekanntgabe von allgemeinen Informationen und Neuerungen im Fachbereich. Im Weiteren wird auf die Ausführungen zu Frage 4 j verwiesen.

g)

In London wurde das Forschungsprojekt „SCARSOME“ der Deutschen Hochschule der Polizei vorgestellt. Das Projekt untersucht die Einflussnahme sozialer Medien auf die polizeiliche Taktik.

h)

Die Konferenzen dienen nicht der Ausarbeitung von konkreten Vereinbarungen und Verträgen, sondern dem informellen Informationsaustausch.

i)

Zentrale Punkte der diesjährigen Treffen waren die zukünftige Ausrichtung der CSW und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Terroranschläge in Europa und den damit verbundenen Herausforderungen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

5. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der Gruppe TC LI des „European Telecommunications Standards Institute (ETSI) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 5.

Im Jahr 2015 fanden drei reguläre Arbeitsgruppentreffen (Plenary) und drei so genannte Rapporteurs-Sitzungen der Gruppe TC LI statt.

a)

ETSI TC LI hielt im angefragten Zeitraum Plenary-Sitzungen in Sophia Antipolis (#38), Longyearbyen (#39) und Aachen (#40) sowie Rapporteurs-Sitzungen in Amsterdam (Rap#34), Den Haag (Rap#35) und Berlin (Rap#36) ab.

b)

Die Tagungen wurden von Mitgliedern von TC LI organisiert und inhaltlich vorbereitet.

c)

Die Listen der jeweils verteilten Dokumente finden sich in den Anlagen 1 bis 6.

d)

Die jeweiligen Tagesordnungen finden sich in den Anlagen 7 bis 12.

e)

Die Bundesregierung hat die Tagesordnungen nicht beeinflusst.

f)

Zu den in der Antwort zu Frage 5a benannten Sitzungen waren Teilnehmer von Behörden, Einrichtungen oder Firmen gemäß Aufstellungen in den Anlagen 13 bis 18 angemeldet.

g)

Die Arbeit der Arbeitsgruppe steht unter der globalen Begriff „Telekommunikationsüberwachung“ (Lawful Interception). Ausgehend von den gesetzlichen Verpflichtungen zur Ermöglichung einer im Einzelfall angeordneten Telekommunikationsüberwachung werden dazu technische Lösungen und Lösungsansätze unter Berücksichtigung verschiedener nationaler Gesetzgebungen diskutiert. Themengebiete sind derzeit bspw. „eWarant“, „NFV“ oder „Internal Interfaces X1, X3“.

h)

Im angefragten Zeitraum hat der Vertreter des BfV in seiner Funktion als Verbindungsperson zu ILETS im Rahmen der TC LI Tagungen in Sophia Antipolis und Longyearbyen mündlich Informationen zu jeweils vorangegangenen ILETS-Sitzungen vorgetragen (TOP 3.9 STC / ILETS).

i) und j)

Auf die Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/3766 zu den Fragen 5i und 5j von 16. Januar 2015 wird verwiesen.

6. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des International Specialist Law Enforcement (ISLE) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 6. und a)

Vom 12. bis 15. Oktober 2015 fand ein Treffen des International Specialist Law Enforcement (ISLE) in Ljubljana/Slowenien statt.

b)

Das BKA war für die Tagesordnung und gemeinsam mit EUROPOL für die Organisation zuständig.

c)

Im Vorfeld des Treffens wurde die Tagesordnung versandt.

d)

Auf der Tagesordnung standen organisatorische Informationen zum Treffen sowie folgende Punkte:

- zukünftige Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich ISLE,
- Diskussion über die Möglichkeiten der Europol Platform for Experts (EPE),
- Workshops zum Umgang mit der Europol Platform for Experts (EPE).

e)

Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 6b verwiesen, das BKA wurde von keiner weiteren Behörde der Bundesregierung bei der Erstellung der Tagesordnung beeinflusst.

f)

Neben Vertretern des BKA nahmen Angehörige von Mobilen Einsatzkommandos aus 22 weiteren EU-Mitgliedstaaten an der Zusammenkunft teil.

g)

Schwerpunkt der Diskussionen war die zukünftige Entwicklung der Zusammenarbeit ISLE sowie der Umgang mit der Europol Platform for Experts (EPE).

h)

Vertreter des BKA haben die Organisation und Moderation der Veranstaltung übernommen.

i)

Außer dem genannten Umgang mit der Europol Platform for Experts (EPE) wurde vereinbart, die internationale technische Zusammenarbeit ISLE auszubauen und weitere Dienststellen aus EU-Mitgliedstaaten für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

j)

Zentrale Punkte der Treffen sind die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb Europas und der fachliche Austausch innerhalb der ISLE-Mitglieder.

7. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte von Zusammenschlüssen zur internationalen Zusammenarbeit hinsichtlich staatlicher Trojaner-Programme (früher: „Remote Forensic Software User Group“) haben nach Kenntnis der Bundesregierung in 2015 stattgefunden?

a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?

b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?

c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?

d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?

e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?

f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?

- g) *Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 7.

Die Fragen 7 und a) bis j) werden zusammen beantwortet. Im Jahr 2015 haben nach Kenntnis der Bundesregierung keine Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der „Remote Forensic Software User Group“ stattgefunden.

8. *Welche grenzüberschreitenden Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte zu „Euroanarchismus“, Tierrechtsaktivismus, Widerstand gegen Großprojekte oder ähnlichen Protestformen (Bundestagsdrucksache 17/9756), an denen Behörden des Bundesministerium des Innern oder des Bundeskanzleramtes teilnahmen, haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?*

- a) *Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) *Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) *Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) *Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 8.

Die Fragen 8 und a) bis j) werden zusammen beantwortet. Der Bundesregierung liegen keine Informationen zu grenzüberschreitenden Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünften zu „Euroanarchismus“, Tierrechtsaktivismus, Widerstand gegen Großprojekte oder ähnlichen Protestformen im Jahr 2015 vor.

9. Welchen weiteren „Informationsaustausch“ bzw. „anlassbezogene Besprechungen“ hatten Behörden der Bundesregierung zum Thema „Euroanarchismus“ im Jahr 2015 mit welchen Behörden welcher Länder (bitte wie auf Bundestagsdrucksache 17/9756 ausführen)?

Zu 9.

Der Bundesregierung liegen keine Informationen über Informationsaustausche oder anlassbezogene Besprechungen zum Thema „Euroanarchismus“ im Jahr 2015 vor.

10. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des EU-Projekts Expert Meeting Against Right Wing Extremism (EMRE) haben nach Kenntnis der Bundesregierung in 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 10.

Die Fragen 10 und a) bis j) werden zusammen beantwortet. Im Jahr 2015 fanden keine mit EU-Fördermitteln finanzierten Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des EU-Projekts „Expert Meeting Against Right Wing Extremism“ (EMRE) statt.

11. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte im Rahmen des „Focal Point“ DOLPHIN innerhalb des „Analysis Workfile“ Counterterrorism (CT) bei EURO-POL haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht und worin bestanden diese?*

Zu 11. und a)

Am 18. Mai 2015 fand im Rahmen des Focal Point (FP) Dolphin ein Treffen der Target Group (TG) Bazaar (Finanzierung der PKK) bei Europol in Den Haag statt.

b)

Die Vorbereitungen wurden vom deutschen Verbindungsbüro bei Europol übernommen.

c)

Es wurde lediglich eine Einladung übermittelt.

d)

Ziel des Treffens war, die TG Bazaar nicht mehr aktiv fortzuführen, sondern in einen „Stand-By“-Modus zu versetzen. Eine Tagesordnung als solche wurde nicht erstellt.

e)

Das Treffen fand auf Initiative des Bundeskriminalamtes statt. Hinsichtlich der Zielsetzung wird auf die Antwort zur Frage 11 d verwiesen.

f)

Für die Mitgliedstaaten der TG Bazaar nahm Personal aus den jeweiligen Verbindungsbüros bei Europol teil. Zudem nahmen Vertreter von Europol teil. Eine Teilnehmerliste liegt nicht vor.

g) und h)

Es wird auf die Antwort zu Frage 11 d verwiesen.

12. Wie haben sich die Quantität und Qualität von Datenlieferungen deutscher Behörden an EUROPOL in den letzten zwei Jahren entwickelt?

- a) Wie viele Einträge (Objekte und Personen) enthielt das EUROPOL Information System (EIS) im Jahr 2015, wie teilen sich diese nach Kriminalitätsbereichen auf, wer hat die Daten jeweils eingestellt, wie viele Daten wurden von welchem Mitgliedstaat gelöscht, und welche Mitgliedstaaten haben wie viele Abfragen vorgenommen (sofern die Daten für das zweite Halbjahr 2015 noch nicht vorliegen, bitte den letztmöglichen Stand angeben)?*
- b) Wie viele Einträge (absolute Anzahl) wurden von deutschen Behörden im Jahr 2015 an DOLPHIN zugeliefert und abgefragt?*
- c) Welche Länder benutzen nach Kenntnis der Bundesregierung mittlerweile den „data loader“ für Informationssysteme von EUROPOL?*

Zu 12.

Ausgehend von der aktuellsten statistischen Erfassung Europols (Stand: 4. Januar 2016) hat sich der deutsche Datenbestand in den letzten zwei Jahren wie folgt entwickelt:

- Stand 28. Januar 2014: 37.427 erfasste Daten im EIS
- Stand 7. Januar 2015: 54.256 erfasste Daten im EIS
- Stand 4. Januar 2016: 85.458 erfasste Daten im EIS.

a)

Die Teilfragen werden mit Stand 4. Januar 2016 wie folgt beantwortet:

- Objekte gesamt im EIS: 295.374 (hiervon Personenobjekte: 86.630)
- EIS wird hauptsächlich in den Europol-Mandatsbereichen Raub (26 Prozent), Drogenhandel (20 Prozent), Illegale Einwanderung (7 Prozent), Betrug (6 Prozent), Geldwäsche (6 Prozent), Geldfälschung (5 Prozent), Menschenhandel (4 Prozent) sowie Fälschung von amtlichen Dokumenten und Handel damit (3 Prozent) genutzt.
- Statistische Daten zu der Frage, welcher Mitgliedstaat wie viele Daten zu welchem Deliktsbereich eingestellt oder gelöscht hat, liegen der Bundesregierung nicht vor.
- Datenabfragen pro Mitgliedstaat: Deutschland hat im Jahr 2015 insgesamt ca. 134.000 Recherchen im EIS durchgeführt. Detaillierte Informationen zum Abfrageverhalten anderer Mitgliedstaaten liegen der Bundesregierung nicht vor.

b)

Das BKA hat im Jahr 2015 30 Zulieferungen an den FP Dolphin übermittelt. Zur Anzahl der Abfragen ist dem BKA keine statistische Auswertung möglich.

c)

Nach Kenntnis der Bundesregierung nutzen neben Deutschland die Niederlande, Dänemark, Spanien, Belgien, Schweden, Frankreich, Italien, Portugal, Slowakei, Polen, das Vereinigte Königreich, Litauen, Finnland, Slowenien und Rumänien den „data loader“.

13. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des Southeast European Law Enforcement Center (SELEC) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*

Zu 13. und a)

Der Bundesregierung sind folgende Treffen bekannt:

- 01.04.2015 in Bukarest/Rumänien: Task Force Stolen Vehicles
- 21.04.2015 in Bukarest/Rumänien: Task Force Container Security
- 07.05.2015 in Bukarest/Rumänien: 9th SELEC Council Meeting
- 26. - 27.05.2015 in Arbanasi/Bulgarien: Anti Drug Trafficking Task Force
- 04.06.2015 in Bukarest/Rumänien: Task Force Anti Smuggling
- 18.06.2015 in Bukarest/Rumänien: Task Force Trafficking in Human Beings und illegal Migration
- 15.10.2015 in Bukarest/Rumänien: 10th SELEC Council Meeting
- 20. - 21.10.2015 in Ohrid/Mazedonien: Financial and Computer Crime Task Force Meeting.

Das BKA nahm am 27. Mai 2015 (d. h. nur am zweiten Konferenztag) am Treffen der Anti Drug Trafficking Task Force in Arbanasi/Bulgarien teil.

Die Antworten zu den nachfolgenden Fragen 11 c, 11 g und 11 h gelten nur für dieses Treffen. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine Informationen zu den Treffen vor.

b)

Für die Organisation, Vorbereitung und Durchführung der Treffen ist SELEC zuständig.

c)

Mit der Einladung wurde eine Tagesordnung versandt.

d)

Auf den Einladungen der übermittelten Tagesordnungen des 9. und des 10. SELEC-Meeting waren ausschließlich SELEC- interne Themen wie Finanzierungsangelegenheiten, Zusammensetzung von Wahlkomitees, Personalentscheidungen, Zusammenarbeitsvereinbarungen mit Drittstaaten, internationalen Organisationen und privaten Partnern aufgeführt. Zu den Inhalten der Task Force Meetings wird auf die jeweiligen Veröffentlichungen auf der Internetseite www.selec.org verwiesen.

e)

Behörden der Bundesregierung haben die Tagesordnung nicht beeinflusst.

f)

Auf die Antwort zu Frage 13 a wird verwiesen.

g)

Gemäß Tagesordnung wurden der „2014 SEE Annual Drug Report“ und seitens der Teilnehmerstaaten gemeinsame Rauschgiftermittlungsverfahren, neue Trends, Modi Operandi und Schmuggelrouten vorgestellt.

h)

Vertreter deutscher Behörden haben keine Beiträge erbracht.

14. *Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der Plattform von Polizeien aus Südosteuropa Police Equal Performance (PEP) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?*

- a) *Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) *Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) *Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) *Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) *Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) *Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) *Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*
- k) *Welche „Defizite in der polizeilichen Arbeit“ wurden im PEP bislang bezeichnet und bewertet?*
- l) *Inwiefern sind im PEP erfasste Kriminalitätsbereiche mittlerweile festgelegt?*

Zu 14.

Die Fragen 14 und a) bis l) werden gemeinsam beantwortet. Der Bundesregierung liegen keine Informationen über Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der Plattform von Polizeien aus Südosteuropa „Police Equal Performance“ (PEP) im Jahr 2015 vor.

15. Welche „EU-Twinning-Projekte“ wurden nach Kenntnis der Bundesregierung unter deutscher Beteiligung im Jahr 2015 begonnen und/ oder abgeschlossen, und welches Bundesland bzw. welche Bundesbehörde sind mit deren Leitung („forerunners“) bzw. Sekretariatsaufgaben betraut?

Zu 15.

Vom 30. Januar 2015 bis 30. Juli 2015 wurde das Projekt HR/2011/IB/JH/02 TWL „Strengthening capacities of the Ministry of Interior for using IMSI Catcher“ unter Leitung des BKA zugunsten Kroatiens durchgeführt

Darüber hinaus hat die deutsche Zollverwaltung im Jahr 2015 in einem Konsortium unter Führung des Bundesministerium der Finanzen (BMF) zusammen mit den Partnerverwaltungen aus Polen und Litauen den Zuschlag für das von der Europäischen Union ausgeschriebene Twinning Projekt "Support to State Fiscal Service (SFS) of Ukraine in reinforcing Integrated Border Management elements in the area of customs matters" erhalten. Das mit 1,8 Mio. € von der Europäischen Union finanzierte Projekt hat zum Ziel, die Zusammenarbeit im Zollbereich der am grenzüberschreitenden Warenverkehr beteiligten Behörden an den Grenzen der Ukraine zu verbessern und die Korruption nachhaltig zu bekämpfen. Der Twinning-Vertrag ist am 28. Dezember 2015 in Kraft getreten.

16. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der Baltic Sea Region Border Control Cooperation (BSRBCC) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*

- f) *Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) *Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) *Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) *Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*

Zu 16. und a)

Nach Kenntnis der Bundesregierung haben im Jahr 2015 folgende Veranstaltungen der „Baltic Sea Region Border Control Cooperation“ (BSRBCC) stattgefunden:

1. Workshop "The Aspects of the control and non-proliferation of nuclear and other radioactive materials" in Vilnius, 10.-11.02.2015
2. Secretariat Meeting in Vilnius, 27.-29.01.2015
3. Documents examination workshop in Vilnius, 06.-08.05.2015
4. Pleasure Boats identification seminar in Klaipeda, 12.-15.05.2015
5. NCC Heads seminar in Vilnius, 26.-27.05.2015
6. Boarding Seminar in Klaipeda, 09.-12.06.2015
7. Aviation Experts seminar exercise in Ventspils (Latvia), 24.-28.08.2015
8. Seminar on the identification of stolen vehicles in Medininkai, 07.-09.10.2015
9. Secretariat Meeting in Vilnius, 21.-23.04.2015
10. BBC Meeting in Vilnius, 16.-18.03.2015
11. BBC Meeting in Vilnius, 06.-08.10.2015
12. Operation Baltic Summer, 01.-07.06.2015
13. Operation Baltic Tracking, 21.-27.09.2015
14. BSRBCC Heads-Conference in Vilnius, 23.-25.11.2015

b)

Die Treffen erfolgten überwiegend in Litauen. Eine Maßnahme fand in Lettland statt.

c)

Litauen als Inhaber der BSRBCC - Präsidentschaft 2015 hat alle in Litauen stattgefundenen Maßnahmen vorbereitet und organisiert. Die Maßnahme in Lettland hat der lettische Grenzschutz vorbereitet und organisiert.

d)

Im Vorfeld der Treffen wurden Einladungen und Tagesordnungen verschickt.

e)

Die Tagesordnungen der oben aufgeführten Maßnahme orientierten sich an den unterschiedlichen Ausrichtungen der jeweiligen Veranstaltung.

f)

Behörden der Bundesregierung haben die Tagesordnung nicht beeinflusst.

g)

An den Zusammenkünften nahmen jeweils Vertreter der mit grenzpolizeilichen Aufgaben befassten Behörden aller zehn Ostseeanrainerstaaten teil. Deutschland war, mit Ausnahme der Veranstaltungen unter (1), (12) und (13), durch die Bundespolizei vertreten.

h)

Die Diskussionen der Tagesordnungspunkte orientierten sich an den operativen Planungen der BSRBCC sowie der konzeptionellen Weiterentwicklung dieser Organisationsform.

i)

Die Beiträge der deutschen Vertreter hatten zum Ziel, die operativen und konzeptionellen Planungen der litauischen BSRBCC - Präsidentschaft 2015 konstruktiv zu unterstützen und die Organisationsform BSRBCC im europäischen Kontext weiterzuentwickeln. Darüber hinaus wurden eigene Vorschläge vorgestellt, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Auswertung/Analyse, Kriminalitätsbekämpfung, Ausbildung und Technik weitem fördern.

j)

Vereinbart wurden:

- Handlungsempfehlungen zu den jeweiligen Feldern der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
- Umfang und Intensität der jeweiligen nationalen Beteiligung an operativen Maßnahmen
- Umfang und Intensität der Zusammenarbeit mit anderen Organisationsformen (u. a. FRONTEX, Council of the Baltic Sea States)
- Billigung des Aktionsplans der lettischen BSRBCC - Präsidentschaft 2016
- Festlegung der folgenden BSRBCC - Präsidentschaft 2017
- Erarbeitung eines "Memorandum of Understanding" zu Fragen der weiteren Nutzung des bestehenden Kommunikationsnetzwerkes der BSRBCC "CoastNet"

17. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte von Arbeitsgruppen zu einem Common Pre-Frontier Intelligence Picture (CPIP) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 17.

Die Fragen 17 und a) bis j) werden gemeinsam beantwortet. Der Bundesregierung liegen keine Informationen über Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte von Arbeitsgruppen zu einem „Common Pre-Frontier Intelligence Picture“ (CPIP) im Jahr 2015 vor.

18. Mit welchen „Drittstaaten“ oder Institutionen kooperiert die EU-Polizeiagentur EUROPOL nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in strategischen, operativen oder sonstigen Abkommen zur Zusammenarbeit?

- a) In welche „Drittstaaten“ hat EUROPOL Verbindungsbeamte entsandt?
- b) Mit welchen „Drittstaaten“ oder Institutionen wurden im Jahr 2015 Abkommen zur Zusammenarbeit geschlossen bzw. Verhandlungen aufgenommen?
- c) Welchen konkreten Inhalt haben diese Abkommen, auf welche Weise dienen diese einer „Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Agenturen/Institutionen“, und welche vorhandenen Defizite werden aus Sicht der Bundesregierung dadurch behoben?
- d) Für welche Abkommen hat der Verwaltungsrat von EUROPOL oder ein anderes Gremium der Agentur eine Zustimmung nicht erteilt, und worin lagen etwaige Gründe?

Zu 18.

Eine aktuelle Liste der Drittstaaten bzw. -stellen, mit denen Europol ein Zusammenarbeitsabkommen geschlossen hat, kann auf der Internetseite www.europol.europa.eu eingesehen werden.

a)

Europol hat Verbindungsbeamte nach Lyon/Frankreich und Singapur zur IKPO-INTERPOL und nach Washington D. C./USA entsandt.

b)

Am 28. April 2015 ist ein operatives Abkommen zur Zusammenarbeit zwischen Europol und Montenegro, am 23. Juli 2015 mit der Republik Moldau und am 4. Dezember 2015 mit FRONTEX in Kraft getreten.

Die Verhandlungen zwischen Europol und Bosnien und Herzegowina zum Abschluss eines operativen Abkommens zur Zusammenarbeit und mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Brasilien zum Abschluss eines strategischen Abkommens zur Zusammenarbeit sind abgeschlossen. Es läuft das Verfahren zur Unterzeichnung. Verhandlungen zum Abschluss eines strategischen Abkommens zur Zusammenarbeit mit China dauern an.

c)

Die geschlossenen Abkommen können unter www.europol.europa.eu bzw. www.consilium.europa.eu abgerufen werden.

Gemäß den der Bundesregierung vorliegenden Informationen ermöglicht der Abschluss eines operativen Abkommens den Austausch von personenbezogenen Daten zwischen EUROPOL und Drittstaaten bzw. -stellen. Zudem enthält es Regelungen für die Einrichtung eines Verbindungsbüros bei EUROPOL.

Gemäß den der Bundesregierung vorliegenden Informationen ermöglicht der Abschluss eines strategischen Abkommens im Allgemeinen lediglich den Austausch von technischen und strategischen Informationen (z. B. neue Modi Operandi, Trends, Situationsberichte, neue Ermittlungstechniken, Forensik- und Analysemethoden) - nicht jedoch den Austausch von personenbezogenen Daten.

d)

Gemäß den der Bundesregierung vorliegenden Informationen wurden im Jahr 2015 keine Abkommen zur Zusammenarbeit mit Drittstaaten und -stellen geschlossen bzw. Verhandlungen aufgenommen, zu denen der Verwaltungsrat von EUROPOL oder ein anderes Gremium der Agentur eine Zustimmung nicht erteilt hat.

19. Welche Länder beteiligen sich nach Kenntnis der Bundesregierung mit welchem Personal welcher einzelnen Behörden am „Europäischen Zentrum zur Terrorismusbekämpfung“ bei EUROPOL (Bundestagsdrucksachen 18/5048 und 18/6223)?

- a) Welche außer den auf Bundestagsdrucksache 18/6223 genannten Plattformen und Dienstleistungen werden in dem Zentrum zusammengeführt?
- b) Welche interne Organisationsstruktur ist vorgesehen?
- c) Welche Ressourcen werden hierfür benötigt und wie werden diese gestellt?
- d) An welchen drei Forschungsprojekten „zur Beobachtung offener Quellen und zum Entdecken von Propaganda“ nimmt die ebenfalls ins „Europäische Zentrum zur Terrorismusbekämpfung“ integrierte „EU-Meldestelle für Internetinhalte“ teil (vgl. Bundestagsdrucksache 18/6223)?

Zu 19.

Im „Europäischen Zentrum zur Terrorismusbekämpfung“ (ECTC) werden die bestehenden Kapazitäten der EU-Agentur Europol im Bereich der Strafverfolgung zur Bekämpfung des Terrorismus zusammengeführt. Deutschland wirkt hieran über das BKA, auch nach der Zusammenführung im ECTC, mit. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates der Justiz- und Innenminister vom 20. November 2015 prüft die Bundesregierung auch eine personelle Beteiligung des Bundeskriminalamtes am ECTC. Nach Angaben von Europol arbeiten derzeit fünf entsandte nationale Experten im ECTC. Der Bundesregierung ist nicht bekannt, aus welchen Ländern die Experten stammen und welche Behörden welcher Ländern im Einzelnen teilnehmen werden. Eine Teilnahme an den im ECTC zusammengeführten Kapazitäten von Europol steht den Mitgliedstaaten sowie Drittstaaten im Rahmen der mit Europol geschlossenen Abkommen zur Zusammenarbeit offen.

a)

Aufgrund seiner Ansiedlung als Geschäftsbereich in der Abteilung Operationen bei Europol wird das ECTC vorhandene Infrastruktur von Europol nutzen, etwa das Europol Informationssystem (EIS) und das Europol Analysesystem (EAS) mit der Arbeitsdatei für Analysezwecke „Counter Terrorism“ und deren Auswerteschwerpunkten „Check-the-Web“, „Travelers“ und „Hydra“. Ferner sollen bestehende Netzwerke im Bereich der Terrorismusbekämpfung genutzt werden, etwa die „Working Group DUMAS“, die „Europol National Contact Points for Counter Terrorism“ und das „First Response Network“. Im Übrigen wird auf die Darstellung von Europol auf seiner Webseite verwiesen (<https://www.europol.europa.eu/content/ectc>).

b)

Das ECTC ist nach Kenntnis der Bundesregierung ein Geschäftsbereich in der Abteilung Operationen bei Europol. Als interne Organisationsstruktur sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Bereiche „Strategie“, „Operationen“ und „Internet-Meldestelle & operative Unterstützung“ vorgesehen. Im Übrigen wird auf die Darstellung von Europol auf seiner Webseite verwiesen (<https://www.europol.europa.eu/content/ectc>).

c)

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, welche Ressourcen zur Einrichtung des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung im Einzelnen benötigt werden. Nach Angaben von Europol arbeiten derzeit 39 Beschäftigte von Europol im ECTC und fünf entsandte nationale Experten. Zusätzliche Ressourcen muss Europol im Haushaltsverfahren der Europäischen Union beantragen. Europol hat gegenüber der Europäischen Kommission für das ECTC für die Jahre 2016 bis 2018 einen zusätzlichen Personalbedarf in Höhe von 50 Personen und entsprechende Haushaltsmittel beantragt.

In den Schlussfolgerungen des Rates der Justiz- und Innenminister vom 20. November 2015 werden daneben die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich mit nationalen Experten personell am ECTC zu beteiligen.

d)

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat Europol seine Unterstützung für drei Projekte unter dem Programm „Horizon 2020“ erklärt:

- „e-FighTer“ (Decision Support Platform for Detecting Radicalisation and Over/Cover Terrorist Communications through the Internet)
- „RED-Alert“ (Real-Time Early Detection and Alert System for Online Terrorist Content based on NLP, SNA and Complex Event Processing)
- „DETECT-IT“ (DEtecting TERRORist ConteNT on the Internet)

20. Mit welchen „Drittstaaten“ oder Institutionen kooperiert die EU-Grenzagentur Frontex nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in strategischen, operativen oder sonstigen Abkommen zur Zusammenarbeit?

- a) Mit welchen „Drittstaaten“ oder Institutionen wurden im Jahr 2015 Abkommen zur Zusammenarbeit geschlossen bzw. Verhandlungen aufgenommen?
- b) Welchen konkreten Inhalt haben diese Abkommen, auf welche Weise dienen diese einer „Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Agenturen/Institutionen“, und welche vorhandenen Defizite werden aus Sicht der Bundesregierung dadurch behoben?
- c) Für welche Abkommen hat der Verwaltungsrat von Frontex oder ein anderes Gremium der Agentur eine Zustimmung nicht erteilt, und worin lagen etwaige Gründe?

Zu 20.

FRONTEX kooperiert nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit mit den „Drittstaaten“ Afghanistan, Albanien, Algerien, Armenien, Bosnien und Herzegowina, China, Kroatien, Ägypten, Ghana, Georgien, Hongkong, Indien, Iran, Israel, Jordanien, Kasachstan, Korea, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Marokko, Nigeria, Oman, Pakistan, Russland, Serbien, Syrien, Südafrika, Sri Lanka, Thailand, Tunesien, Türkei, Ukraine, Vereinigte Arabische Emirate, USA, Vietnam.

Darüber hinaus kooperiert FRONTEX nach Kenntnis der Bundesregierung mit den Institutionen DCAF (Democratic Control of Armed Forces), ICAO (International Civil Aviation Organisation), ICMPD (International Centre for Migration Policy Development), IGC (Intergovernmental consultations on migration, asylum and refugees), ILO (International Labour Organisation), Interpol (International Criminal Police Organisation), IOM (International Organisation for Migration), OSCE (Organisation for Security and Cooperation in Europe), UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) und UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime).

a)

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat FRONTEX im Jahr 2015 mit Marokko und Kosovo Abkommen zur Zusammenarbeit geschlossen bzw. Verhandlungen aufgenommen.

b)

Die Agentur arbeitet zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit den zuständigen Behörden von Drittstaaten zusammen. Die Zusammenarbeit bewegt sich dabei im Rahmen von Beratungs- und Trainingsmaßnahmen, Ausstattungshilfe als Form der technischen Unterstützung und dem Erfahrungsaustausch bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität.

Einzelheiten regelt die Verordnung (EG) Nr. 2007/2004 des Rates vom 26. Oktober 2004 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, (ABl. Nr. L 349 S. 1), zuletzt geändert durch VO (EU) Nr. 656/2014 des EP und des Rates vom 15. 5. 2014 (ABl. Nr. L 189 S. 93). Die Abkommen sind auf der Internetseite von FRONTEX abrufbar (<http://frontex.europa.eu/partners/third-countries/>).

c)

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, wonach der Verwaltungsrat von FRONTEX oder ein anderes Gremium der Agentur eine Zustimmung nicht erteilt hätte.

21. Welche neueren, im Plenarprotokoll 18/132 noch nicht mitgeteilten Anstrengungen unternehmen Einrichtungen der Europäischen Union nach Kenntnis der Bundesregierung zur Durchführung weiterer Maßnahmen wie die früheren „European Police Force Trainings“ (EUPFT), „European Union Police Services Trainings“ (EUPST) oder die „Europe's New Training Initiative for Civilian Crisis Management“ (ENTRi)?

- a) Wer gehört dem neuen Konsortium des European Union Police Services Training (EUPST) II unter Beteiligung welcher „deutschen Polizei“ an?
- b) Welche neueren Details kann die Bundesregierung zu Zeitpunkt, Ort und Inhalt erster Trainings und Übungen im ersten Halbjahr 2016 mitteilen?
- c) Auf welche Weise bringen sich die am EUPST II-Konsortium teilnehmenden Polizeien in diese Übungen und Trainings ein?
- d) Wer bereitet diese jeweils vor, und wer ist für die Planung sowie die Organisation zuständig?
- e) Inwieweit bestimmen Behörden der Bundesregierung die Planung sowie die Organisation der Operationen mit?
- f) Welche Rolle übernehmen EU-Ratsarbeitsgruppen für die Vorbereitung der Maßnahmen?
- g) Welche Behörden welcher Länder bzw. Einrichtungen oder Einzelpersonen der Europäischen Union oder sonstiger Institutionen nehmen daran teil bzw. beobachteten diese?
- h) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen des Bundes oder (soweit der Bundesregierung bekannt) Länder nehmen mit welchen Kapazitäten daran teil bzw. beobachteten diese?
- i) Wann und wo wurden bzw. werden weitere Übungen bzw. Konferenzen, Seminare oder andere Ausbildungsformen hinsichtlich der EUPST II abgehalten?
- j) Auf welche Weise haben welche Behörden der Bundesregierung die im Juli in Estland abgehaltene internationale Anti-Terrorismus-Übung „Allied Terrorism Hindering Operation Simulation“ (ATHOS) unterstützt (news.err.ee vom 10. Juli 2015)?

Zu 21:

ENTRi:

Das Projekt "Europe's New Training Initiative for Civilian Crisis Management" (ENTRi) I lief von 2011 bis 2013; die zweite Projektphase (ENTRi II) läuft vom 1. April 2013 – bis voraussichtlich Ende Mai 2016. Insgesamt wurden in diesen Projekten bis zum jetzigen Zeitpunkt 1693 Personen mit 78 unterschiedlichen Nationalitäten ausgebildet. Etwa 20% der Teilnehmer sind Polizisten und auch Nicht-Europäer können an den Aktivitäten teilnehmen. ENTRi und EUPST (Nachfolger von EUPFT) arbeiten bei einigen Aktivitäten, besonders beim Thema Evaluierung von Training, eng zusammen (bspw. 2015 durchgeführte Konferenz zum Thema „Inter-Operability Between Police and Civilian Training in the Context of Crisis Management Missions“).

EUPST:

a)

Auf die Antworten zu den Fragen 9 und 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7062 vom 15. Januar 2016 verwiesen.

b)

Im Rahmen EUPST II fand vom 11. bis 15. Januar 2016 ein 5-tägiges Seminar "Monitoring, Mentoring, Advising und Training" in der Bundespolizeiakademie in Lübeck statt. 20 nationale/ internationale Teilnehmer wurden im o. a. Fachbereich geschult. Ein weiteres Seminar gleichen Inhaltes/ gleicher Dauer ist für den Monat Mai 2016 an der Bundespolizeiakademie in Lübeck geplant. Des Weiteren wird vom 4. bis 15. April 2016 in Weeze / Nordrhein-Westfalen eine Übung mit dem Schwerpunkt "Monitoring, Mentoring, Advising und Training" federführend durch die niederländische königliche Marechaussee durchgeführt werden. Ferner ist eine weitere Konferenz anlässlich der zukünftigen Planung von Aktivitäten EUPST II vom 20. bis 22. April 2016 in Lissabon / Portugal unter Beteiligung aller am o. a. Konsortium teilnehmenden Mitgliedsstaaten geplant.

c)

Die am EUPST II-Konsortium teilnehmenden Polizeien bringen sich durch temporäre Teilnahme an / und Mitarbeit bei vorbereitenden Meetings in die Planung der Übungen und Trainings ein.

d)

Die vorbereitenden Meetings werden grundsätzlich durch das Steuerungskomitee EUPST II geplant und durchgeführt bzw. geleitet.

e)

Das unter der Antwort zu b) bezeichnete Seminar an der Bundespolizeiakademie wurde - aufgrund der ausgesprochenen Fachexpertise der Bundespolizei im Bereich "Monitoring, Mentoring, Advising und Training" - federführend durch die Bundespolizeiakademie in Lübeck auf Basis bereits von der Europäischen Union zertifizierter Dokumente vorbereitet und durchgeführt.

f) bis h)

Soweit die Frage sich unmittelbar auf Frage 21 bezieht, liegen der Bundesregierung hierzu keine Erkenntnisse vor.

i)

Auf Antwort zu Frage b) wird verwiesen.

j)

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

22. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), an denen Behörden der Bundesregierung teilnahmen, haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 22.

Die Bundesregierung hält Kontakt zum Büro der Vereinten Nationen für Drogenbekämpfung und Verbrechensverhütung (UNODC) mit seinem Hauptsitz in Wien im Wesentlichen im Rahmen seines Projektengagements und seiner Fachkonferenzen. Hierzu werden regelmäßige Kontakte auf Arbeitsebene seitens der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen und anderen Internationalen Organisationen in Wien sowie des Auswärtigen Amtes unterhalten. Deutschland ist auch regelmäßig mit Delegationen bei Veranstaltungen von UNODC vertreten, insbesondere bei den jährlichen Sitzungen der VN-Verbrechensverhütungskommission und der VN-Suchtstoffkommission.

UNODC tauscht sich weiterhin im Rahmen von Arbeitsgruppensitzungen sowie Veranstaltungen zu Kernthemen der Organisation (Drogen- und Verbrechensverhütung und -bekämpfung, Terrorismus- und Korruptionsbekämpfung) mit seinen Mitgliedsstaaten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, aus. Die Einladung hierzu erfolgt seitens UNODC, welches auch die Tagesordnung vorschlägt. Die Treffen finden in der Regel in Wien statt.

Telefonkonferenzen mit UNODC haben 2015 nicht stattgefunden. UNODC ist direkt dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen untergeordnet und versteht sich als weltweit führend im Vorgehen gegen illegale Drogen und internationales Verbrechen. Deutschland war 2015 einer der größten Beitragszahler an UNODC. Schwerpunkt des Projektengagements bilden finanzielle Zuwendungen an UNODC zur Einhaltung und Umsetzung der internationalen Drogenkonventionen und zur Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Im Februar 2015 führte ein Team des projektmittelverwaltenden Referates des Auswärtigen Amts in Wien Gespräche zur Ausgestaltung der Projektzusammenarbeit mit UNODC. Dabei wurde sowohl das bestehende Projektmanagement der Bundesregierung mit UNODC besprochen als auch weitere mögliche Projektkooperationen thematisiert. Weiterer Gegenstand der Gespräche waren die thematischen sowie regionalen Schwerpunkte der Projektzusammenarbeit.

Darüber hinaus haben Arbeitskontakte mit UNODC im Rahmen folgender Veranstaltungen bestanden:

- VN-Suchtstoffkommission (CND), 9.-17. März 2015 in Wien
- VN-Verbrechensverhütungskommission, 18.-22. Mai 2015 in Wien
- VN-Kongress für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege, 13.-17. April 2015 in Doha, Qatar

a) bis j)

Auf die Eingangsbemerkung zu Frage 22 wird verwiesen.

23. Inwieweit hat die Bundesregierung im Jahr 2015 innerhalb der Counter Terrorism Implementation Task Force (CTITF) des UNODC mitgearbeitet oder von dieser Berichte erhalten, und welche Details kann sie hierzu mitteilen?

Zu 23.

Das Mandat der 2005 seitens des Generalsekretariats der Vereinten Nationen gegründeten Counter-Terrorism Implementation Task Force (CTITF) ist die Koordinierung der Anti-Terrorismusanstrengungen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen. UNODC stellt dabei nur eine der 38 Organisationen dar, deren Aktivitäten seitens CTITF koordiniert werden.

Die VN-Mitgliedstaaten werden vierteljährlich von CTITF über ihre Aktivitäten unterrichtet. Zusätzlich finden anlass- oder themenbezogene Unterrichtungen statt. Die Bundesregierung arbeitet über die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York mit CTITF zusammen.

Im Rahmen der im Sommer 2016 anstehenden Überprüfung der „Global Counter Terrorism Strategy“ der VN-Generalversammlung hat die Bundesregierung bspw. auf dortiges Ersuchen eine Zusammenstellung der von ihr ergriffenen Maßnahmen in der Terrorismusbekämpfung, insbesondere auf dem Feld der Bekämpfung von „Foreign Terrorist Fighters“, an CTITF übermittelt. Die Eingaben der VN-Mitgliedsstaaten dienen der Vorbereitung der Strategieüberprüfung.

24. Innerhalb welcher „Open-ended intergovernmental expert group“ des UNODC hat die Bundesregierung hinsichtlich der Themen „Strafverfolgung“ oder „Terrorismus“ mitgearbeitet oder von dieser Berichte erhalten, und welche Details kann sie hierzu mitteilen?

Zu 24.

Die Bundesregierung beteiligt sich derzeit im Bereich der Strafverfolgung an der Arbeitsgruppe der VN-Konvention über grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen (UNTOC) für den UNTOC-Überprüfungsmechanismus. Sie hat sich im Jahr 2015 an der Arbeitsgruppe zur Normensetzung für die Behandlung von Strafgefangenen beteiligt.

25. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte der Police Working Group on Terrorism (PWGT) haben nach Kenntnis der Bundesregierung in 2015 stattgefunden (Bundestagsdrucksache 17/13440)?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet; und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*

- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 25. und a)

Am 27./28. Mai 2015 fand eine Konferenz der Police Working Group on Terrorism (PWGT) in Kopenhagen/Dänemark statt, gefolgt von einem Treffen am 10./11. November 2015 in London/Vereinigtes Königreich.

b)

Hierfür war der jeweilige Gastgeberstaat verantwortlich.

c)

Im Vorfeld der Konferenzen wurden jeweils aktuelle Berichte zur Lage im Bereich der politisch motivierten Kriminalität in den PWGT-Mitgliedstaaten übermittelt. Im Rahmen der Konferenzen wurden Unterlagen zu den gehaltenen Vorträgen übergeben.

d)

Neben der Darstellung der Lageentwicklungen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität in den Mitgliedstaaten wurde zu ausgewählten Themen vorgetragen. In Kopenhagen lag ein Schwerpunkt auf den Darstellungen der Ermittlungen und Abläufe im Zusammenhang mit den Anschlägen in Frankreich im Januar 2015 und in Dänemark im Februar 2015. Ein weiteres zentrales Thema waren die Ausführungen zum damaligen Sachstand im Zusammenhang mit der Beschaffung und Finanzierung des neuen Kryptokommunikationssystems der PWGT. In London standen die Ausführungen zum „Thalys-Angriff“ seitens Frankreichs sowie die Entscheidungsfindung hinsichtlich des zukünftigen Kryptokommunikationssystems der PWGT auf der Agenda.

e)

Hierzu wird auf die Beantwortung der Frage 25 h verwiesen. Die seitens Deutschlands vorgetragenen Themen wurden entsprechend im Vorfeld für die Tagesordnung gemeldet.

f)

An den Sitzungen nehmen Vertreter der PWGT-Mitgliedstaaten teil. Hierbei handelt es sich um Angehörige der dortigen Sicherheitsbehörden, die für die Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität zuständig sind. Deutschland wird in der PWGT durch das BKA vertreten. An den Sitzungen im Jahr 2015 nahmen auch Vertreter von Europol teil.

g)

Es gab anlässlich beider Konferenzen keine über die angegebenen Themen und evtl. Rückfragen hinausgehenden Diskussionsinhalte.

h)

Vertreter des BKA trugen im Rahmen der Konferenz in Kopenhagen zum damaligen Sachstand des zukünftigen Kryptokommunikationssystems der PWGT und der damit im Zusammenhang stehenden Beantragung von Fördermitteln aus dem Fonds Innere Sicherheit (ISF) der EU-Kommission vor. In London wurde erneut zum Thema „Zukünftiges Kryptokommunikationssystem der PWGT“ vorgetragen.

i)

Es wurden Themenaspekte im Rahmen des Mandats der PWGT erörtert. Insoweit wird auf die Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/13440 vom 10. Mai 2013 verwiesen.

j)

Auf die Antwort zu Frage 25 i) wird verwiesen.

26. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des Global Counterterrorism Forum (GCTF) haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?*
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?*
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?*
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?*
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?*
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?*
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?*
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?*
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?*
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?*

Zu 26. und a) bis d)

Die Fragen 26 und a bis d werden gemeinsam beantwortet. Das Global Counterterrorism Forum (GCTF) organisiert sich im Koordinierungsausschuss als strategischem Leitungsorgan und sechs Arbeitsgruppen. Im Jahr 2015 hat der Koordinierungsausschuss zwei Mal getagt, am 6./7. Mai in Doha und am 26. September in New York. An das September-Treffen schloss sich am 27. September ein GCTF-Ministertreffen an.

Im Rahmen der Arbeitsgruppen haben 2015 unterschiedliche Veranstaltungen - Plenartreffen, Workshops, Seminare oder Konferenzen - stattgefunden. Eine Übersicht über die Arbeitsgruppen und ihre Veranstaltungen inkl. Angaben zu Zeit und Ort sowie zusammenfassende Berichte und Grundlagendokumente findet sich im Internet unter

<https://www.thegctf.org/web/guest/working-groups>. Plenartreffen werden in der Regel vom Vorsitz der jeweiligen Arbeitsgruppe, sonstige Veranstaltungen in der Regel von den einladenden Staaten organisiert, jeweils in Zusammenarbeit mit der sog. „Administrative Unit“ des GCTF. Der Arbeitsgruppenvorsitz bzw. die einladenden Staaten legen in der Regel auch die Tagesordnungen fest. Deutschland hat keinen Arbeitsgruppenvorsitz inne.

Bei den Treffen des Koordinierungsausschusses des GCTF ist die Bundesregierung in der Regel durch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern vertreten, die sich im Vorfeld eng mit allen inhaltlich betroffenen Ressorts abstimmen. Die Ressorts entsenden je nach inhaltlichem Schwerpunkt Vertreter zu Treffen und Veranstaltungen der einzelnen Arbeitsgruppen.

Telefonkonferenzen sind im Rahmen des GCTF keine gängige Arbeitsmethode, die Bundesregierung hat im Jahr 2015 an keiner Telefonkonferenz teilgenommen.

e)

Die Tagesordnung für die Treffen des Koordinierungsausschusses wird unter den Mitgliedern des GCTF abgestimmt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 26 bis 26d verwiesen.

f) und g)

Auf die Antwort zu den Fragen 26 bis 26d wird verwiesen.

h)

Das GCTF dient als Forum für den Austausch von Erfahrungen, Expertise, Strategien und Kapazitätenaufbau im Bereich der Terrorismusbekämpfung unter Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten und bietet eine Plattform, nationale Projekte in diesem Bereich abzustimmen. Die Vertreter/-innen deutscher Behörden lassen sich bei den Treffen oder sonstigen Zusammenkünften des GCTF auf dieser Linie ein.

i)

Die Mitglieder des GCTF fassen keine bindenden Beschlüsse, sondern geben unverbindliche Empfehlungen ab bzw. entwickeln unverbindliche „good practices“, deren Umsetzung auf freiwilliger Basis erfolgt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 26 bis 26d verwiesen.

ii)

Auf die Antwort zu den Fragen 26 bis 26d wird verwiesen.

27. Wie viele Personen arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in welchen Tätigkeitsbereichen für das EU Intelligence Analysis Centre (EU INTCEN) und das Intelligence Directorate (EUMS INT)?

- a) Welche Bundesbehörden haben wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter welcher Abteilungen hierzu in die Einrichtungen entsandt, bzw. wie viele übernehmen entsprechende Aufgaben innerhalb ihrer eigenen Behörden?*
- b) Welche Lageberichte wurden vom INTCEN und dem EUMS INT im Jahr 2015 erstellt und wie haben Behörden der Bundesregierung hierzu beigetragen?*

Zu 27. und a) und b)

Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 24 zu der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf BT-Drs. 18/3766 vom 16. Januar 2015 wird verwiesen.

28. Welche Geheimdienste welcher Länder (auch Deutschlands) koordinieren sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in der „Counter Terrorism Group“ (CTG) und im „Berliner Club“?

- a) Wer hat den derzeitigen Vorsitz der CTG und des „Berliner Club“ inne?*
- b) Welche Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen wurden innerhalb der CTG und im „Berliner Club“ eingerichtet?*
- c) Welche neueren Details sind der Bundesregierung darüber bekannt, inwiefern die CTG oder der „Berliner Club“ mit der Einrichtung eines „EU-Anti-Terror-Zentrums“ befasst sind oder hierzu Diskussionen geführt haben?*
- d) Welches Ergebnis ist der Bundesregierung aus entsprechenden Diskussionen bekannt?*
- e) Welche Haltung hat die Bundesregierung im Rahmen der CTG oder des „Berliner Clubs“ hierzu vorgetragen?*

Zu 28.

Vorbemerkung:

Eine Beantwortung der Fragenteile zu dem „Berner Club“ kann aus Gründen des Staatswohls nicht - auch nicht in eingestufte Form - erfolgen. Die erbetenen Auskünfte können aufgrund der Restriktionen der sogenannten „Third-Party-Rule“ nicht veröffentlicht werden. Die „Third-Party-Rule“ betrifft den internationalen Austausch von Informationen der Nachrichtendienste. Diese Informationen sind geheimhaltungsbedürftig, weil sie sicherheitsrelevante Erkenntnisse enthalten, die unter der Maßgabe der vertraulichen Behandlung von ausländischen Nachrichtendiensten an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet wurden. Eine Bekanntgabe dieser Informationen kann ein Nachteil für das Wohl des Bundes bedeuten, da dadurch die Missachtung einer zugesagten und vorausgesetzten Vertraulichkeit die künftige Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes einschließlich der Zusammenarbeit mit anderen Behörden, zumal mit Nachrichtendiensten anderer Staaten erschwert würden. Selbst die Bekanntgabe unter Wahrung des Geheim-schutzes durch die Übermittlung an die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages birgt das geringfügige Risiko des Bekanntwerdens, welches unter keinen Umständen hin-genommen werden kann. Die so bekannt gewordenen Informationen, die nach den Regeln der „Third-Party-Rule“ erlangt wurden, würden als Störung der wechselseitigen Vertrauens-grundlage gewertet werden und hätten eine schwere Beeinträchtigung der Teilhabe des Verfassungsschutzes an dem internationalen Erkenntnisaustausch zwischen Nachrichten-diensten zur Folge. Die notwendige Abwägung zwischen dem Geheimhaltungsinteresse einerseits und dem grundsätzlich umfassenden parlamentarischen Fragerecht andererseits ergibt daher, dass auch eine eingestufte Übermittlung der Informationen an die Geheim-schutzstelle des Deutschen Bundestages vorliegend nicht in Betracht kommt.

a)

Aktuell hat der niederländische Dienst AIVD den Vorsitz in der „Counter Terrorism Group“ (CTG) inne.

b)

Die CTG gliedert sich nicht in Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen.

c)

Die CTG ist keine Einrichtung der Europäischen Union und ist somit auch nicht mit der Ein-richtung des „European Counter Terrorism Center“ (ECTC) befasst, das bei der EU-Agentur Europol angesiedelt ist und zum 1. Januar 2016 seine Arbeit aufgenommen hat. Für Einzel-heiten zum ECTC wird auf die Antwort zu Frage 19 und die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 1. Oktober 2015 auf BT-Drs. 18/6223) verwiesen.

d) bis e)

Auf die Antwort zu Frage 28 c wird verwiesen.

29. Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, dass europäische Inlandsgeheimdienste ihre Zusammenarbeit im Rahmen einer „Intelligence Cell“ ausbauen wollen, und welche „Koordinierungsaufgaben“ sollen von dieser übernommen werden (WELT Online vom 4. Januar 2016)?

- a) Inwiefern geht die Einrichtung dieser „Intelligence Cell“ wie von der „WELT“ berichtet auch auf die Initiative der Bundesregierung zurück?
- b) Inwiefern hat sich die noch vor einem halben Jahr vorgetragene Haltung der Bundesregierung verändert, wonach die EU „keine Zuständigkeit für die Belange der Nachrichtendienste“ habe und deshalb auf Ebene der EU „keine Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten“ statfinde und die deutschen Geheimdienste für die internationale Zusammenarbeit deshalb ausschließlich „die bewährten Kooperationsformate“ nutzen (Bundestagsdrucksache 18/5048)?
- c) Welche Plattformen und Dienstleistungen werden in der „Intelligence Cell“ zusammengeführt, welche interne Organisationsstruktur ist vorgesehen, und welche Ressourcen werden hierfür eingesetzt?
- d) Welche Phänomene der Bereiche „Kriminalität“ und „Terrorismus“ werden von der neuen „Intelligence Cell“ behandelt?
- e) Über welche Kanäle und mithilfe welcher Analysewerkzeuge werden in dieser „Intelligence Cell“ „Informationen über Gefährder und Terrorfinanzierung“ ausgetauscht?
- f) Welche Geheimdienste welcher Länder nehmen auf welche Weise an dieser „Intelligence Cell“ teil?
- g) Welche Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen wurden hinsichtlich dieser „Intelligence Cell“ eingerichtet?
- h) Inwiefern ist die Arbeit der „Intelligence Cell“ aus Sicht der Bundesregierung mit dem EUROPOL-Mandat vereinbar bzw. inwiefern müsste dieses angepasst werden?

Zu 29., a) bis h)

Die Fragen 29 und a) bis h) werden gemeinsam beantwortet. Die Europäische Union hat keine Zuständigkeit für die Belange der Nachrichtendienste; die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste findet weiter in den bewährten Kooperationsformaten statt. Das im Januar eingerichtete ECTC vereint daher ausschließlich die vorhandenen Kapazitäten von Europol im Bereich der Strafverfolgung zur Bekämpfung des Terrorismus. Die Arbeit im ECTC erfolgt unter Einhaltung des Mandats und Rechtsrahmens von Europol, insbesondere dem Europol-Ratsbeschluss 2009/371/JI.

Die EU-Mitgliedstaaten stellen dabei jeweils gemäß ihrer innerstaatlichen Organisation sicher, dass alle relevanten Informationen an EUROPOL ECTC zugeliefert werden.

30. Welche Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstige Zusammenkünfte des European Expert Network on Terrorism Issues haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2015 stattgefunden?

- a) Wo wurden diese jeweils abgehalten?
- b) Wer hat diese vorbereitet, und wer war für die Tagesordnung sowie die Organisation zuständig?
- c) Welche Dokumente wurden hierfür im Vorfeld oder am Tage der Treffen, Telefonkonferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte jeweils verteilt?
- d) Welche konkreten Punkte standen jeweils auf der Tagesordnung?
- e) Inwieweit haben Behörden der Bundesregierung die Tagesordnung jeweils beeinflusst?
- f) Welche Behörden bzw. sonstigen Einrichtungen oder Einzelpersonen welcher Länder (auch deutscher) nahmen an den Zusammenkünften teil?
- g) Welchen jeweiligen Inhalt hatten die Diskussionen der Tagesordnungspunkte sowie sonstiger Themen (bitte in groben Zügen wiedergeben)?
- h) Welche Beiträge haben Vertreterinnen und Vertreter deutscher Behörden erbracht, und worin bestanden diese?
- i) Welche konkreten Absprachen, Vereinbarungen oder sonstigen Ergebnisse zeitigten die Zusammenkünfte?
- j) Sofern es sich bei den Treffen vorwiegend um einen informellen „Gedankenaustausch“ gehandelt hat, worin sieht die Bundesregierung dessen zentrale Punkte?

Zu 30. und a)

Vom 2. bis 4. März 2015 fand ein Unterarbeitsgruppentreffen in Budapest/Ungarn und vom 2. bis 4. November 2015 die Jahreskonferenz des EENeT in Stockholm/Schweden statt.

b)

Das Unterarbeitsgruppentreffen im März in Budapest wurde von der Geschäftsstelle im BKA, den Mitgliedern des Steuerungskomitees sowie der Europäischen Polizeiakademie Cepol, organisiert. Die Auswahl der zu behandelnden Themen wurde nach Abfrage unter und Abstimmung mit allen Netzwerkmitgliedern getroffen.

Die Jahreskonferenz im November in Stockholm wurde von der Geschäftsstelle im BKA, den Mitgliedern des Steuerungskomitees sowie der Swedish National Defence University organisiert. Die Zusammenstellung der im Workshop behandelten Themen ergab sich aus den Beiträgen der Mitglieder, die im Vorfeld im Rahmen eines Call for Paper bei der Geschäftsstelle eingegangen sind. Themenschwerpunkt waren Fragen der Radikalisierung.

Für ebenfalls organisierte Diskussionsrunden wurden einzelne konkrete Fragestellungen innerhalb des Steuerungskomitees zusammengetragen.

c)

Im Vorfeld zum Unterarbeitsgruppentreffen wurden zu den einzelnen Arbeitsgruppen eine Agenda sowie eine Liste der Arbeitsgruppenmitglieder an die Teilnehmer übermittelt. Im Vorfeld der Jahrestagung wurden eine Agenda sowie kurze Einführungen in die einzelnen Vortragsthemen zur Verfügung gestellt.

d)

Die Arbeitsgruppen der Veranstaltung in Budapest behandelten jeweils eines der vorher unter den EENeT-Mitgliedern konsentierten fünf Themen: 1) Foreign Fighters - Radicalisation towards Syria; 2) Right-wing extremist violence in Europe; 3) Evaluation of counterterrorism policies and practices; 4) De-Radicalization; 5) Role of online information for monitoring and countering terrorism.

Während der Jahrestagung in Stockholm wurden in Workshops und Diskussionsrunden folgende Themenfelder behandelt: 1) Radicalisation and recruitment of foreign fighters; 2) radicalization towards right-wing violence in Europe; 3) propaganda and group building processes; 4) handling returnees; 5) prevention measures and de-radicalisation - overview of concepts, interaction with local players; 6) Social Media intelligence and handling of mass data processing. In einer abschließenden Panel Discussion wurde das Thema "IS - future and consequences abroad and for Europe" erörtert.

e)

Auf die Antwort zu Frage 30 b wird verwiesen.

f)

Sowohl am Arbeitsgruppentreffen als auch an der Jahreskonferenz nahmen Experten aus Sicherheitsbehörden, von Universitäten und anderen mit Extremismusforschung befassten Einrichtungen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Serbische Republik, Slowakische Republik, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, dem Vereinigten Königreich sowie von EU-Institutionen und der OSZE teil.

g)

Die Veranstaltungen dienten dem Austausch der Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis über aktuelle Erscheinungsformen des Terrorismus – insbesondere über Phänomene wie „Foreign Fighters“ und „Right-Wing Extremism“, aber auch Konfrontationen zwischen bspw. „Right-Wing Extremism“, Left-Wing Extremism“ und „Salafism“.

Sie boten den Teilnehmern Gelegenheit, entwickelte Präventions- und Bekämpfungskonzepte vorzustellen sowie De-Radikalisierungsansätze zu diskutieren. Beiträge von Autoren, die einer Veröffentlichung zustimmen, werden in den EENeT Working Paper Series auf der Homepage des EENeT veröffentlicht, voraussichtlich im Mai 2016.

h)

Vertreter des BKA wirkten an der Vorbereitung der Veranstaltungen mit, übernahmen in Budapest die Leitung der Arbeitsgruppe „Foreign Fighters - Radicalisation towards Syria“ und boten in Stockholm eine Präsentation zum Thema „Face-off - Politically motivated confrontations in Germany“.

i)

Zentrales Anliegen ist grundsätzlich der informelle Austausch auf wissenschaftlich-analytischer Ebene zu Fragen des aktuellen Forschungsstandes zu aktuellen extremistischen/terroristischen Erscheinungsformen sowie zu Maßnahmen der Prävention, Bekämpfung und De-Radikalisierung. Auf der Jahrestagung in Stockholm wurde vereinbart, im Rahmen des für März 2016 geplanten Unterarbeitsgruppentreffens die gleichen Themen weiter zu behandeln wie im März 2015. Für die Jahrestagung 2016 wurde übereingekommen, das Thema „Politisch motivierte Kriminalität im Lichte aktueller Migrationsströme“ zum Schwerpunkt zu machen.

j)

Die wichtigsten Punkte der Treffen spiegeln sich in den unter 30 d) aufgeführten Themenschwerpunkten wider. Zentrales Anliegen der Mitglieder aus 24 europäischen Ländern des Netzwerks EENeT ist es, sich über aktuelle phänomenologische Entwicklungen sowie Konzepte zur Erforschung, Bekämpfung als auch Prävention und De-Radikalisierung auszutauschen. Neben dem rein fachlichen Austausch bietet das EENeT, dessen Veranstaltungen nach den „Chatham House Rules“ durchgeführt werden, auch Raum für offene, kontroverse Diskussionen und die Prüfung eigener Standpunkte und Wertungen.